

Stellungnahme	Datum: 13.08.2015	
Entscheidendes Gremium:	fed. Senator/-in: OB, Roland Methling	
	bet. Senator/-in:	
Federführendes Amt: Eigenbetrieb KOE	bet. Senator/-in:	
Beteiligte Ämter: Bauamt		
Frühzeitige Beteiligung der Bürgerschaft bei der Auswahl von Projekten für Fördermittelprogramme		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
01.09.2015	Bau- und Planungsausschuss	Kenntnisnahme
09.09.2015	Bürgerschaft	Kenntnisnahme

Sachverhalt:

Grundsätzlich ist die frühzeitige Beteiligung der Fachausschüsse der Bürgerschaft bei der Erarbeitung und Abstimmung von Prioritäten- und Maßnahmenlisten für die verschiedenen Fördermittelprogramme durch die Verwaltung zu gewährleisten. Bei den meisten Programmen zur Förderung von Investitionen im kommunalen Bereich ist die Legitimation durch die demokratisch gewählten Parlamente zwingend vorgegeben.

Bei dem im o. g. Antrag geschilderten Sachverhalt zur aktuellen EFRE-Förderperiode 2014-2020 war eine umfassende und frühzeitige Beteiligung der Bürgerschaft jedoch bisher nicht möglich.

Begründung:

Bis Februar 2015 war ein Strategiepapier mit einer Maßnahmenliste als Vorläufer eines aktualisierten ISEK beim Wirtschaftsministerium in Schwerin einzureichen. Bereits in dieser Phase war wegen der Zeitvorgabe eine ausreichende Beteiligung der Bürgerschaft nur bedingt möglich. Die RGS, als Beauftragter für die Erarbeitung des Strategiepapiers, hatte deshalb am 02.03.2015 zu einer „Großen Beratungsrunde“ mit Ortsämtern und Ortsbeiräten geladen, wo dieses Strategiepapier vorgestellt wurde.

Noch vor der Sommerpause musste dieses Strategiepapier, nach einer 1. Auswertung durch das Wirtschaftsministerium, überarbeitet und von der Bürgerschaft beschlossen werden. Die in diesem Zeitraum nur unzureichende Beteiligung der Bürgerschaft wird vom Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung zu Recht bemängelt.

Die nunmehr zu erarbeitende Prioritätenliste für die Maßnahmen, die für die EFRE-Förderperiode 2014-2020 von der Bürgerschaft am 08.07.2015 beschlossen wurden, soll laut Beschluss der Bürgerschaft bis zur Bürgerschaftssitzung am 09.09.2015 vorgelegt werden. Da in diesem Zeitrahmen erneut keine ausreichende Bürgerbeteiligung abgesichert werden

kann, haben wir uns entschieden, eine Terminverlängerung beim Wirtschaftsministerium und der Bürgerschaft zu beantragen.

Finanzielle Auswirkungen: Keine

Bezug zum Haushaltssicherungskonzept: keiner

in Vertretung

Dr. Chris Müller
Senator für Finanzen, Verwaltung und Ordnung
und Erster Stellvertreter des Oberbürgermeisters